

**Es gilt das gesprochene Wort –**

**Sperrfrist 10.10.2019, 17 Uhr**

**Rede von Bürgermeister Ulrich Roland**

**Zur Einbringung des Haushaltes 2020**

**in der Ratssitzung**

**Termin: Donnerstag, 10 Oktober 2019, 16 Uhr**

**Ort: Ratssaal**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
liebe Mitglieder des Rates,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
liebe Bürgerinnen und Bürger!

Die Aufstellung des städtischen Haushaltes war und ist kein Vergnügen!

Dazu zwei Zahlen:

Nachdem uns die Orientierungsdaten für das Jahr 2020 einen Einbruch bei den Schlüsselzuweisungen des Landes in Höhe von 3,1 Mio beschert haben

und

nach den Meldungen der Stadtämter zum Haushalt 2020

sind wir in die verwaltungsinternen Haushaltsberatung mit einem Defizit von 16 Mio. Euro gestartet.

16 Mio. Minus!

Dies auszugleichen war unsere Aufgabe.

Es ist überflüssig zu betonen, aber ich sage es trotzdem:

In den Haushaltsmeldungen der Ämter waren selbstverständlich keine Prestige-Objekte, kein überflüssiger Luxus enthalten.

Das waren die Meldungen, die unsere Fachleute verantwortungsvoll benannt haben,

weil sie das Beste für unsere Stadt wollen.

Am Ende unserer internen Beratungen steht ein Defizit von 2,1 Mio. Euro!

Das heißt, wenn das Land sich an die Aussagen der Orientierungsdaten 2019 für das Jahr 2020 gehalten hätte, ständen wir gut da!

Leider ist dies aber nicht so!

Dieses Defizit können wir daher, Stand jetzt, nur mit einer längst überfälligen Erhöhung der Grundsteuer B schließen!

Aber:

1. Es ist öffentlich kaum vermittelbar, dass die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Gladbeck durch höhere Steuern das Defizit ausgleichen müssen, das durch den Einbruch bei den Schlüsselzuweisungen entstanden ist.

2. Wir wissen aus langjähriger Erfahrung, dass es in diesem Rat keine Mehrheit für eine Grundsteuererhöhung gibt, auch wenn alle anderen Städte im Kreis diesen Schritt längst gegangen sind!

3. Wir hoffen noch auf Haushaltsverbesserungen, die allerdings noch nicht seriös bezifferbar sind. Sie stehen deshalb auch nicht im Haushaltsentwurf. Wir werden sie bis zur Beschlussfassung im Dezember über ein Änderungsverzeichnis einbringen.

Wir werden sehr ernsthaft versuchen, Möglichkeiten aufzuzeigen, wie wir ohne Änderung des Grundsteuerhebesatzes den Haushaltsausgleich hinbekommen.

Wir versprechen aber hier und heute nichts, was wir hinterher nicht halten können!

Konsequenz:

Wir werden Ihnen heute noch keinen ausgeglichenen Haushalt vorlegen! Uns fehlen gut 2,5 Mio. Euro zu einem genehmigungsfähigen Haushalt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

das Thema kommunale Finanzen ist nicht „charmant“.

Im Land, im Bund interessiert es kaum.

Es steht eigentlich nur einmal im Jahr im Mittelpunkt des kommunalen Interesses, bei den alljährlichen Haushaltsberatungen.

Dabei wird zur Kenntnis genommen, dass alles ganz schön schwierig ist.

In der Öffentlichkeit wird gefragt:

„Was machen die eigentlich mit unserem Geld, die Steuern sprudeln doch nur so?“

Nicht selten wird sogar Misswirtschaft unterstellt.

Aber eigentlich interessiert das Thema die meisten Menschen nicht und wenn, dann schwingt da immer der Gedanke mit:

**Et hätt noch emmer joot jejange!**

In diesem Jahr ist das anders - seit Monaten stehen die städtischen Finanzen im Blickpunkt.

Wir haben bereits am 22. August öffentlich auf Etatprobleme hingewiesen.

Sogar in Berlin ist mittlerweile angekommen:

Da scheint es in vielen deutschen Städten wohl ein Problem zu geben, das sich durch beharrliches Ignorieren nicht länger aussitzen lässt!

Ich zitiere einige Schlagzeilen der letzten Wochen:

„Städte klagen über hohe Asylkosten“

„Lässt der Bund die Städte im Regen stehen?“

„Tickende Zeitbombe“

Wer Augen und Ohren hat, weiß um die Dramatik der städtischen Finanzen.

Ministerpräsident Armin Laschet sagte erst vor wenigen Tagen im WAZ-Interview den klammen nordrhein-westfälischen Städten Altschuldenhilfe zu!

O-Ton Laschet: „Brauchen dauerhafte Lösung“ - da hat er Recht!

Erst gestern hat er auf dem Emscher-Lippe-Gipfel bekräftigt, dass die Altschulden ein kardinales Thema sind!

Sogar Kanzlerin Merkel und Vizekanzler Scholz sind sich offensichtlich einig, dass den Städten geholfen werden muss - endlich! Aber besser spät als nie!

Da hat das beharrliche Bohren der Städte im Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ endlich Wirkung gezeigt.

Dank an Stadtkämmerer Thorsten Bunte, der uns in diesem Bündnis engagiert vertritt!

Wie konnte es dazu kommen, wo sogar das Grundgesetz gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland garantiert?



Von gleichwertigen Lebensverhältnissen sind wir doch weit entfernt!

Wir zermartern uns die Köpfe, wie wir die so genannten freiwilligen Leistungen noch weiter finanzieren können, die ganz bestimmt kein Luxus sind. Die aber zu einer lebenswerten Stadt einfach dazugehören und die unsere Stadtgesellschaft zu Recht erwartet:

- Freibad,
- Stadthalle,
- Jugendkunstschule,
- Musikschule,
- Stadtbücherei und vieles andere mehr.

In einem anderen Rathaus,  
nur 54 km entfernt, zermartert man sich zur selben Zeit den Kopf darüber, wie man das zahlreiche Geld, das Steuerzahler und Landesregierung überweisen, irgendwie raushauen kann.

Dabei ist man sehr kreativ:

- Religionsgemeinschaften bekommen Grundstücke geschenkt,
- die jungen Bürgerinnen und Bürger dürfen sich über kostenlose Interrail-Tickets freuen
- allen steht der ÖPNV kostenlos zur Verfügung.

Gegen Monheim ist das Schlaraffenland geradezu ärmlich!

Ist das gerecht?

Es bleibt doch die Frage:

Wie kann es sein, dass die eine Stadt in Nordrhein-Westfalen nicht weiß, wohin mit dem Geld und viele andere nicht wissen, wie sie die Stadtgesellschaft überhaupt am Leben erhalten können!

In den vergangenen Jahren ist uns dies auch mit Hilfe des Stärkungspaktes noch ganz gut gelungen.

Unsere Stadt hat sich trotz aller Einschränkungen gut entwickelt –

### **Wir bauen eine neue Stadt!**

- Die Innenstadt ist auf einem guten Weg. Dank Hoch10, vielen engagierten Einzelhändlern, einem guten Management im City-Center – und auch für das Glückauf-Center zeichnet sich eine Lösung ab!
- Wir bauen KiTa`s, wir investieren in Schulen - brauchen uns im Städtevergleich nicht zu verstecken, sind und bleiben eine familienfreundliche Stadt!
- Wir investieren in Sport und Freizeit,
- bei den meisten Schrottimmobilien tut sich endlich etwas,
- und bei den Arbeitslosenzahlen sind wir von Platz zwei auf Platz sieben zurückgefallen. Ein Abstieg, über den man sich freut!

Erkauft wurde dies,  
erkauft wurden auch die ausgeglichenen Haushalte  
der letzten Jahre,  
durch ein massives Sparprogramm.

Dadurch dass wir alle Möglichkeiten ausreizen. Aber  
natürlich auch durch die gute konjunkturelle Lage  
und die immer noch niedrigen Zinsen.

Sehr geholfen hat uns dabei ganz zweifellos der  
Stärkungspakt.

2012 beschlossen, damals gegen viele Widerstände  
auch hier im Rat.

Aber es war, gerade auch im Nachhinein betrachtet,  
der richtige Schritt - sonst wären wir längst nicht  
mehr handlungsfähig!

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Geschäftsgrundlage für den Stärkungspakt hat sich seit 2012 ohne Zutun der Stadt Gladbeck massiv verändert.

Denn wir hatten erwartet, dass man uns zu mindestens keine neuen Lasten auf die Schultern packt. Das Gegenteil ist aber doch der Fall:

Um nur mal die jüngsten Beispiele zu nennen:

- Immer höhere Anforderungen, gerade auch bei Schulen, KiTa`s und Feuerwehr.
- Mehrkosten von rund 250.000 Euro plus Personalkosten für 2 Stellen durch das neue Unterhaltsvorschussgesetz. Das Gesetz ist sicher gut gemeint – aber versprochen war: keine Mehrkosten für die Städte!
- Fast eine halbe Million Mehrkosten – plus 57% – für die Krankenhausfinanzierung, ohne irgendein Mitspracherecht! Jährlich 1,3 Mio. Euro.

Und auf der anderen Seite werden Finanzmittel gerne woanders verteilt, anstatt uns finanziell angemessen an der guten Wirtschaftsentwicklung des Landes zu beteiligen:

- Beim Anteil an der Umsatzsteuer geht Geld, das für die Entlastung bei den Sozialkosten gedacht war, an die reichen Städte, statt an die, die es brauchen!
- Am Gemeindefinanzierungsgesetz hat man herumgeschraubt. Vor allem werden unsere Soziallasten weniger berücksichtigt, was uns finanziell richtig weh tut.

Und dann war da bekanntlich noch das Jahr 2015.

Sie erinnern sich: Bundeskanzlerin Angela Merkel hat damals erklärt: „**Wir** schaffen das!“

Tatsächlich - wir haben das geschafft!

Darauf können wir weiterhin stolz sein!

Mit einem enorm hohen Einsatz hochmotivierter, hilfsbereiter haupt- und ehrenamtlicher Helfer aus der Stadtverwaltung, vielen bürgerschaftlichen Organisationen, Vereinen und Verbänden.

Wir alle haben damals geglaubt, als die Bundeskanzlerin ihren vielbeachteten Satz sagte, dass damit natürlich gemeint war:

„**Wir**, der Bund, lassen euch, die Städte, nicht im Stich!“

Das war leider ein Irrglaube.

Gemeint hatte die Bundeskanzlerin offensichtlich: „**Ihr** schafft das schon“!

Denn tatsächlich wurden die Städte vom Bund und ganz besonders auch vom Land in dieser schwierigen Situation ziemlich allein gelassen.

Wir bleiben auf Kosten sitzen, die wir nicht beeinflussen können und nicht zu verantworten haben.

Zwei Probleme drücken uns hier besonders:

1. Für Ausreisepflichtige, aber weiter „geduldete“ Asylsuchende bekommen wir nur drei Monate lang Geld vom Land. Kein anderes Bundesland verhält sich so zu seinen Städten!

Andere Länder zahlen diese Kosten komplett aus der Landeskasse, wie Bayern. Andere zahlen immerhin bis zu vier Jahre weiter. Das würde uns erheblich helfen.

Und nur noch mal zur Erinnerung:

Viele dieser geduldeten Asylsuchenden dürfen wir nicht abschieben!

Und bei vielen anderen liegen objektive Hindernisse vor, die eine Abschiebung unmöglich machen.

Die Bezirksregierung und der Kreis haben dies nach Prüfung ausdrücklich bestätigt.



2. Pro Flüchtling im Asylverfahren nur 10.400 Euro im Jahr – das ist zu niedrig. Seit über einem Jahr liegt in Düsseldorf ein Gutachten auf dem Tisch, nach dem die Pauschale längst hätte angehoben werden müssen. Auf die gemeinsame Forderung der kommunalen Spitzenverbände, die Pauschale auf dieser Grundlage für alle Kommunen einheitlich auf 13.000 Euro/Kopf anzuheben, reagiert das Land nicht. Wir bekommen weiter nur 10.400 Euro pro Jahr!

Allein hier fehlt uns eine siebenstellige Summe!

All dies war eben nicht Geschäftsgrundlage, als wir 2012 dem Stärkungspakt beigetreten sind.

Trotzdem haben wir uns diesen Herausforderungen gestellt, sie bewältigt – bis heute!

Wenn in einer solchen Situation dann aber noch die Schlüsselzuweisungen gegenüber der mittelfristigen Planung um 3,1 Mio. Euro sinken – dann haben wir ein zusätzliches massives Problem!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

in der letzten Woche waren wir beim ersten Spatenstich für das neue Cumol-Werk der Firma INEOS Phenol im Chemiepark Marl.

INEOS Phenol investiert dort eine mittlere dreistellige Millionensumme, sichert damit die Rohstoffversorgung auch für das Werk in Gladbeck, sichert damit Arbeitsplätze und – so hoffen wir – die Gewerbesteuerzahlungen unseres Werkes!

In seiner Rede forderte Evonik-Vorstandsvorsitzender Thomas Wessel als Betreiber des Chemieparks vom anwesenden NRW-Minister Prof. Pinkwart Verlässlichkeit für die Wirtschaft!

Prof. Pinkwart hat dies für die Wirtschaft ausdrücklich zugesagt!

Genau das fordern auch wir von unserer Landesregierung – Verlässlichkeit für die Städte!

Es kann doch nicht sein, dass wir uns im guten Glauben auf den Weg machen, um uns aus der nicht durch uns verursachten Haushaltsmisere zu befreien.

Dann bekommen wir durch Bund und Land immer neue Lasten auferlegt.

Und schließlich kürzt man uns dann noch die eingeplanten Mittel bei den Schlüsselzuweisungen!

Aber auf sie sind wir zwingend angewiesen!

Warum?

Noch vor einigen Jahren konnte man doch regelmäßig lesen, dass die Städte, gerade im Ruhrgebiet, selbst schuld seien an ihrer finanziellen Notsituation:

Stichwort Prestige-Objekte,

Stichwort Kirchturmdenken.

Mittlerweile gibt es allerdings auch öffentlich einen realistischeren Blick auf die finanzielle Lage von Städten wie Gladbeck. Ich zitiere aus der WAZ:

**„Dabei ist die Problemanalyse längst klar: Kommunen mit hohen Sozialkosten wegen verfestigter Arbeitslosigkeit und hohem Flüchtlingszuzug kommen selbst nach acht steuerlichen Boom-Jahren auf keinen grünen Zweig, solange Land und Bund ihre bestellten Leistungen nie vollständig bezahlen.**

**Schnelle Hilfe zur Verringerung der immensen Altschulden muss deshalb mit einer Neuverteilung der Soziallasten und kostensparender Verwaltungskooperation der Kommunen einhergehen. Sonst ändert sich strukturell gar nichts“.**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
so hat es Tobias Blasius vor einigen Wochen auf den Punkt gebracht.

Wir haben

- **ohne** eine Altschuldenregelung,
- **ohne** eine konsequente und auch rückwirkende Umsetzung des Konnexitätsprinzipes keine Chance:

**Wer bestellt, muss bezahlen!**

So haben wir es alle gelernt!

Das ist kein parteipolitisches Thema!

Ganz egal, ob die Regierungen in Bund und Land, Rot-Grün, Schwarz-Rot oder Schwarz-Gelb waren - sie haben uns alle gleichermaßen ausgeplündert!

Das wissen Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte im ganzen Ruhrgebiet – ganz egal, welches Parteibuch sie haben!

Wie geht es jetzt weiter?

Es muss in den Haushaltsberatungen gelingen, den Haushalt 2020 auszugleichen.

Ohne genehmigungsfähigen Haushalt droht uns im nächsten Jahr der Sparkommissar, der genau den Beschluss fassen wird, den dieser Rat nicht fassen will – die Erhöhung der Grundsteuer!

Ohne genehmigungsfähigen Haushalt wird es keine neuen Fördermaßnahmen mehr geben, das bedeutet Stillstand. Stellen Sie sich mal vor, was alles ohne Fördermittel nicht möglich gewesen wäre:

- Umbau der Innenstadt,
- Sportpark Mottbruch
- Abriss der Schwechater Str. 38

um nur drei besonders wichtige Förderprojekte zu nennen! Ich jedenfalls will nicht, dass wir uns als Stadt davon abkoppeln!

Der Weg zu einem genehmigungsfähigen Haushalt wird schwierig, er wird Politik und Stadtverwaltung schmerzhaft Entscheidungen abverlangen, auch ohne Grundsteuererhöhung.

Was nicht funktionieren wird, ist der Weg über eine pauschale Minderausgabe – Stichwort: Rasenmäher, d.h. eine Kürzung aller dafür in Frage kommenden Haushaltsstellen.

Das haben wir natürlich geprüft:

Vorausgeschickt sei:

Nur 3,5 % unserer Aufwendungen stecken wir in die so genannten freiwilligen Leistungen, der Rest sind Pflichtaufgaben.

Nehmen wir nur den Personalhaushalt. Hier müssten wir beim „Rasenmäherprinzip“ zum 01.01.2020 **30 Stellen** sofort streichen. Das ist bei wachsenden Anforderungen absolut illusorisch, zumal wir schon zahlreiche Stellen eingespart haben!

Damit müssten wir bei den Haushaltsstellen, bei denen man überhaupt kürzen kann, 10 % streichen!

Angefangen bei den Fraktionszuwendungen über sämtliche so genannten freiwilligen Leistungen bis hin zur Unterhaltung von Schulen und Kitas, Parks und Grünflächen.

Danach werden wir unsere Stadt nicht mehr wiedererkennen!

Der Verzicht auf Investitionen, die manche für überflüssig halten, bringt uns auch nicht weiter.

Was wäre das?

- Die Hundewiese – die über viele Jahre massiv gefordert wurde und in vielen Städten inzwischen Standard ist?
- Der Unterstand für die Trinkerszene, der auch in anderen Städten ausprobiert wird?
- Oder etwa der Neubau Heisenberg?

Unser Kämmerer betont dann immer gebetsmühlenartig, dass das Investitionen sind, die unser Haushaltsergebnis immer nur indirekt betreffen – über die langfristigen Abschreibungen.



Unser Problem sind doch nicht die Investitionen, sondern die laufenden Aufwendungen, quasi die Betriebskosten unserer Stadt.

Nehmen wir nur allein die rd. 75 Mio. Euro Sozialkosten, oder die gut 63 Mio. Euro Personalkosten

Und da haben wir noch keine eigene Entscheidung getroffen!

Noch mal: 96,5 % unserer Kosten sind Pflichtaufgaben!

Im Gegenteil:

Wir würden doch gerne noch viel mehr investieren, wenn wir könnten. Auf Investitionen zu verzichten wäre doch gerade das Falsche.

Einen kleinen Betrag zur Haushaltskonsolidierung werden unsere Töchter ELE, GWG, Sparkasse und ZBG – leisten müssen!

Es kann nicht sein, dass Mutter Stadt verhungert und sich dann noch anhören muss, wie ein paar ihrer

Töchter sich auf hohem und höchstem Niveau beklagen, wie schlecht es ihnen geht.

Soweit kann Mutterliebe nicht gehen!

Versperrt ist uns leider der Weg, der noch in den späten 90er-Jahren genutzt wurde,

der Verkauf eines großen Teils unseres so genannten Tafelsilbers,

z. B. der städtischen Immobilien an die GWG oder großer Anteile am RWW.

Das Geld wurde damals „verfrühstückt“ und hat uns bei der GWG mehr geschadet als genutzt!

Der Rest ist – wenn Sie sich nicht zu einer Grunderhöhung durchringen können – Prinzip Hoffnung.

Ich möchte Ihnen daher noch einmal in Erinnerung rufen, was Ihnen Stadtkämmerer Bunte und ich in den vergangenen Jahren mehrfach berichtet haben.

Die Grundsteuer bringt uns im Jahr rund 12,7 Mio. Euro.

In Dorsten kann der Kämmerer 6 Mio Euro Grundsteuer mehr verbuchen – damit hätten wir unsere Haushaltsprobleme gelöst!

In Dorsten zahlt aber auch jeder Einwohner 246 Euro Grundsteuer im Jahr,

in Gladbeck 167 Euro, fast 80 Euro weniger!

Trotzdem hat auch Dorsten in diesem Jahr beträchtliche Haushaltsprobleme.

Auch mein Kollege Tobias Stockhoff konnte dem Rat keinen ausgeglichenen Haushaltsentwurf vorlegen, trotz eines ganz deutlich höheren Grundsteueraufkommens!

Wir dagegen sind das Grundsteuerparadies im Kreis Recklinghausen.

In jeder anderen Stadt zahlen die Bürger mehr!

Und nicht nur dort:

Im Durchschnitt zahlen die Bürgerinnen und Bürger in NRW 206 Euro Grundsteuer im Jahr,

bei uns – wie gesagt – nur 167 Euro, also rund 20 % (39 Euro) weniger!

Allein eine Erhöhung auf den NRW-Durchschnitt würde uns den Haushalt retten!!!

Dies wäre zweifellos die gerechteste Lösung!

Denn, das vergessen viele, Grundsteuer zahlen ja nicht nur die mehr oder weniger kleinen Hauseigentümer oder Mieter, Grundsteuer zahlen auch und vor allem die großen Unternehmen mit ihren großen Grundstücken.

Aber während

- wir hier im Saal bei einer Grundsteuererhöhung nur mit relativ kleinen 1- oder 2-stelligen Beträgen zur Sanierung des Haushaltes beitragen würden,
- andere, finanziell schwächere, nichts beitragen müssten, weil ihre Mehrkosten z.B. vom Jobcenter bezahlt werden,
- müssten gerade die größeren Unternehmen einen deutlich höheren Beitrag leisten, der sie nicht überfordert, aber ein gerechter Beitrag zur Finanzierung der städtischen Infrastruktur wäre!

Und das wäre ein wesentlich sicherer Beitrag zur Finanzierung des städtischen Haushaltes als beispielsweise eine kontraproduktive Erhöhung der Gewerbesteuer, die schon heute 28 Mio. Euro bringt.

Aber, lassen Sie uns heute noch davon ausgehen, dass wir einen ausgeglichenen Haushalt ohne Steuererhöhung hinbekommen.

Warum ist das so wichtig?

Schließlich wiesen unsere Haushalte von 1991 bis 2017 immer einen Fehlbetrag aus – nur 2018 und 2019 waren sie ausgeglichen!

Ganz einfach:

Wir brauchen einen Haushalt, der uns

gestaltungsfähig hält,

unsere kommunale Selbstverwaltung bewahrt und garantiert,

dass wir auch 2020 Herr und Frau im eigenen Hause bleiben!

Wir wollen unsere Stadt selbst gestalten, sie weiter positiv entwickeln, unseren Kindern ein gutes Zuhause übergeben!

## **Stichwort: Sicherheit und Ordnung**

- Wir halten 10 KODler vor, 2 mehr als der Städtetag empfiehlt.
- Für die nächste Sitzungsperiode bereiten wir einen deutlich verschärften Bußgeldkatalog vor.
- Als Auswirkung des neuen Brandschutzbedarfsplans werden wir insgesamt 11 neue Stellen bei der Feuerwehr einrichten, darunter 2 zusätzliche Notfallsanitäter – das macht unsere Stadt noch sicherer!

## **Stichwort Erziehung, Bildung, Zukunft**

- Wir haben in den letzten Wochen sehr intensiv über einen zusätzlichen KiTa-Standort diskutiert, haben da letztlich eine gute Lösung gefunden. Aber das war ja nur ein kleiner Teilaspekt des Themas Kita-Ausbau!

8 Mio. Euro haben wir in den letzten 6 Jahren in den Kita-Ausbau investiert!

Dazu werden wir 33,5 neue Stellen im Kita-Bereich schaffen.

- Wir schaffen außerdem 7 neue Stellen im Jugendamt (ASD). Davon erwarten wir uns bessere präventive Hilfe für Kinder, Jugendliche und ihre Familien und setzen natürlich auf den willkommenen Nebeneffekt, dass dadurch die Ausgaben bei den Hilfen zur Erziehung sinken!
- Und schließlich haben wir, Stichwort Schulbauprogramm, zahlreiche Schulbaumaßnahmen auf der Agenda.

Allen voran natürlich der Neubau des Heisenberg-Gymnasiums. Hier feiern wir gemeinsam am 20. November die Grundsteinlegung. Dazu kommen Erweiterungsbauten an der Mosaikschule, an der Lambertischule, an der Südparkschule und der Erich-Kästner-Realschule!

### **Stichwort Klimaschutz**

Auch hier gilt: „**Wir haben die Erde nicht von unseren Eltern geerbt, sondern von unseren Kindern geliehen.**“



- Natürlich setzen wir unsere Möglichkeiten ein, um den Klimawandel abzumildern. Die Rahmenbedingungen werden aber, leider viel zu zögerlich, auf Bundesebene und international gesetzt.

Wir können aber vor Ort durch unser

- kommunales Energiemanagement,
- ein integriertes Klimaschutzkonzept,
- die Umsetzung des InnovationCity-Ansatzes in Rentfort-Nord und der Stadtmitte und viele andere Projekte unseren Beitrag leisten.

Dies spiegelt sich auch im Haushalt wieder:

Wir haben den Haushaltsansatz für den Bereich Umweltschutz von 2016 bis 2020 auf 820.000 Euro verdreifacht!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
bevor ich jetzt das Wort Herrn Stadtkämmerer Bunte übergebe, gestatten Sie mir 2 abschließende Gedanken:

- Die Haushalte der letzten Jahre, ja Jahrzehnte waren immer ein ständiges „nach-der-Decke-strecken“. Alles in allem haben wir das anständig bewältigt, ohne unsere Stadt kaputt zu sparen. Auch die Teilnahme am Stärkungspakt hat dies trotz aller Unkenrufe nicht zur Folge gehabt – im Gegenteil: Wir stehen heute besser da als zu Beginn des Stärkungspaktes!
- Auch dieser Haushalt wird uns wieder schwierige Diskussionen, schwere Entscheidungen abverlangen.

Dazu möchte ich an ein Fernsehinterview mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier erinnern, in dem er seine Sorge um unsere repräsentative Demokratie geäußert hat.

Konkret ging es darum, wie extrem heutzutage Lobby-Gruppen über die sozialen Medien Druck auf die demokratisch legitimierten Organe ausüben. Und wie sehr versucht wird, freie Gewissensentscheidungen von Parlamentariern zu beeinflussen. Da kann sich leider auch Deutschland nicht den Entwicklungen wie in den USA, in England und anderen Ländern entziehen.

In unserem Fall wäre das bei einer Steuererhöhung – so würde ich vermuten – z.B. der Steuerzahlerbund, der uns hier die Demos und den „shitstorm“ organisieren würde. Oder diejenigen, die die Flüchtlinge für alles verantwortlich machen werden.

Wir hier im Rat sind aber nicht dafür gewählt, eine Stimmung bei Facebook zu bedienen oder ihr nachzugeben.

Wir sind der Stadt als Ganzes verpflichtet!

Lassen Sie uns daher gemeinsam versuchen, auch diesen Haushalt gemeinsam auf den Weg zu bringen mit dem Ziel, der Bezirksregierung einen genehmigungsfähigen Haushalt vorzulegen.

**Dazu werden wir sie als Auftakt zu einer Informationsveranstaltung einladen.**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Niemand von uns möchte, dass wir im Frühjahr 2020 hier auf den Zuschauerbänken sitzen und zusehen, wie eine von der Landesregierung entsandte Sparkommissarin einen Haushalt verabschiedet, der dann ganz sicher sehr deutliche Steuererhöhungen beinhalten wird.

Haltern ist dies im September 2017 passiert.

Wir sollten dies nicht wiederholen!

Glück Auf

Alles Gute für Sie, alles Gute für unsere Stadt!